

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

Umsetzung des Westsahara-Friedensplans der Vereinten Nationen

Der Westsahara-Friedensplan, der auch die Zustimmung der beiden Konfliktparteien, des Königreichs Marokko und der Frente Polisario, gefunden hatte und einstimmig am 29. April 1991 vom Sicherheitsrat gebilligt worden war, ist blockiert. Der Zeitplan insbesondere für die Abhaltung eines freien, fairen, durch keinerlei militärische, administrative oder andere Zwänge behinderten Referendums über die Frage, ob das Volk der Westsahara die Unabhängigkeit oder die Eingliederung in das Königreich Marokko wünscht, wurde nicht eingehalten.

Die einzige Chance, den von der Weltöffentlichkeit weitgehend vergessenen Krieg und die nach dem im vergangenen Jahr vereinbarten Waffenstillstand weitergeführten kriegesischen Handlungen in der Region zu beenden, besteht in der raschen Verwirklichung einer legalen internationalen Lösung, so wie sie von den Vereinten Nationen gewollt ist.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bereitschaft der Bundesregierung, den VN-Friedensplan personell, finanziell und materiell zu unterstützen. Er bedauert zugleich, daß das Referendum nicht wie vorgesehen durchgeführt werden konnte, und sieht die Notwendigkeit, daß die internationale Gemeinschaft einschließlich der Bundesrepublik Deutschland alles in ihrer Macht Stehende tun muß, um zur Verwirklichung des VN-Friedensplans beizutragen.
2. Angesichts der Tatsache, daß die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen auf dem Spiel steht, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,
 - geeignete Schritte – auch in Abstimmung mit den EG-Partnern – zu unternehmen, um einer Durchführung des VN-Friedensplans zum Erfolg zu verhelfen;
 - gegenüber den am Konflikt beteiligten Parteien darauf zu drängen, daß sie sich voll und ganz an Geist und Buchstaben des VN-Friedensplans halten und verbindlich erklären, jedes mögliche Resultat des Referendums akzeptieren zu wollen;

- die laufenden Bemühungen des VN-Generalsekretärs in geeigneter Form zu unterstützen.

Bonn, den 23. Juni 1992

Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion